

Im Land Vorarlberg werden derzeit an 177 Standorten 11.457 SchülerInnen von 1.173 Personen betreut. Ziel ist es, ein qualitativ hochwertiges Angebot zu schaffen, damit die SchülerInnen ihre Interessen und Neigungen kennenlernen, neue Möglichkeiten finden, Gemeinschaft zu erleben, ihre Stärken und Schwächen erkennen und vor allem auch in ihrem schulischen Fortkommen und ihrer späteren Berufswahl entsprechend gefördert und unterstützt werden. Umso wichtiger ist es, dass das Angebot in ausreichender Anzahl und Qualität zur Verfügung steht und alle SchülerInnen in Österreich die Möglichkeit einer umfassenden Förderung erhalten. Das Land wendet über die Personalkostenförderung finanzielle Mittel in beträchtlicher Höhe auf, um genau diese Ziele zu erreichen.

Damit solche Konzepte gelingen, ist eine gute Zusammenarbeit zwischen den Schulen, den Schulerhaltern, der Schulaufsicht, den Eltern und Schülerinnen sowie dem Bund und den Ländern notwendig. Dieses Miteinander gelingt in Vorarlberg sehr gut und es wird tolle Arbeit in diesen Bereichen von allen Beteiligten geleistet.

Bereits bisher war die Finanzierung der Schülerbetreuung im Bereich der GTS, aber auch im außerschulischen Bereich ein Kraftakt. Beträchtliche Bundes- und Landesmittel, aber auch hohe Finanzierungsanteile (insbesondere auch Investitionskosten) der Gemeinden, sowie Elternbeiträge haben dazu geführt, dass immer mehr SchülerInnen ganztätig betreut werden können. So sind die Schülerzahlen von 7704 SchülerInnen im Schuljahr 2010/11 auf 11457 SchülerInnen im Schuljahr 2017/18 gestiegen. Durch die ganztägige Betreuung können die SchülerInnen nicht nur auf hohem Niveau ausgebildet werden, sondern wird auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht.

Aufgrund der Entscheidung der Bundesregierung, die Art. 15a B-VG Vereinbarung zum Ausbau und weiteren Ausbau der ganztägigen Schulform nicht zu verlängern, und der Erlassung des Bildungsinvestitionsgesetzes stehen wir nun vor der Herausforderung, diese Zahlen auch nur konstant zu halten. Es muss daher im Interesse aller Städte bzw. der Länder liegen, den Bund dahingehend zu bewegen, dass in einem ersten Schritt zumindest die aufgrund der Art. 15a B-VG Vereinbarung zur Verfügung stehenden und nicht verbrauchten Mittel in diesem Bereich zu verwenden. Es ist nicht im Interesse des Landes Vorarlberg, dass die Gemeinden, die sich intensiv für den Ausbau der GTS bzw. der außerschulischen Betreuung eingesetzt haben und dabei keine Kosten und Mühen scheuten, nun mit der weiteren Finanzierung und Erhaltung der bestehenden Gruppen und Klassen allein gelassen werden.

Ein gemeinsames Auftreten gegenüber dem Bund für eine weitere Sockelfinanzierung muss daher unser Ziel sein!